

Kommunalpolitische Eckpunkte DIE LINKE. Bayern

DIE LINKE vor Ort: sozial, gerecht, demokratisch, ökologisch, friedlich

Politik in Landkreisen, Städten und Gemeinden für alle – Menschen vor Profite

Wenige werden immer reicher, während sich Viele für niedrige Löhne abrackern und kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen Pflegekräfte, an den Schulen Lehrer*innen.

Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort. Linke Kommunalpolitik heißt einzutreten für soziale Interessen in der Gemeinde und im Landkreis, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens. DIE LINKE verbindet die Arbeit in den Kommunalparlamenten mit dem Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen, in Sozial- und Umweltverbänden, in Sportvereinen, in der Flüchtlingshilfe und als soziale Kraft in der Nachbarschaft.

DIE LINKE ist dort, wo das öffentliche Leben stattfindet. Demokratie beginnt vor Ort. DIE LINKE vertritt das solidarische, demokratische und soziale Bayern in den Kommunen und Gemeinden und kämpft für die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die auf den Lohn aus Arbeit angewiesen ist und nicht von ihrem Vermögen lebt. Unser Ziel heißt Demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Diese Bereiche müssen in öffentlicher Hand bleiben oder wieder in diese zurückgeholt werden, um eine faire Daseinsvorsorge im Interesse der Allgemeinheit sowie der Ökologie für jede/n Bürger*in sicherstellen zu können. Der Frieden ist unser wichtigstes Gut. DIE LINKE setzt sich für eine allseitige Unterstützung der Friedensbewegung auch gerade durch kommunale Parlamente ein.

Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für alle!

Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort

Obwohl Bayern zu den wohlhabenden Bundesländern gehört, ist jede/r sechste Bürger /in von Armut betroffen oder bedroht. Prekäre Beschäftigung, Kinder- und Altersarmut nehmen zu und gesellschaftliche Teilhabe nimmt ab. Umso wichtiger ist es, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise gegensteuern.

DIE LINKE hat in verschiedenen Kommunen in Bayern die Einführung eines Sozialtickets mit durchgesetzt, das wollen wir in allen Städten und Landkreisen realisieren. Alleinerziehende sowie Familien mit kleinen und mittleren Einkommen wollen wir entlasten, beispielsweise durch gebührenfreie Kitas und durch vereinfachten Zugang zu Sozialpässen.

Besonders wichtig ist uns, den Kampf gegen Hartz IV auf allen Ebenen zu führen. Wir wenden uns gegen jede Form von Sanktionen bei Hartz IV. DIE LINKE fordert, den Einfluss der Kommunen in den

Jobcentern zur Reduzierung der Sanktionen zu nutzen.

Wir kämpfen für angemessene Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Berechtigte, von denen die Betroffenen auch wirklich eine Wohnung mieten können. Wir orientieren uns dabei am Leitbild einer inklusiven, ökologischen und sozial nachhaltigen Daseinsvorsorge.

Respekt und Recht auf gute Arbeit

Der Niedriglohnsektor wächst und Leiharbeit und Werkverträge nehmen überhand. Als Folge davon können sich gerade in den Städten immer mehr Menschen ihre Wohnungen nicht mehr leisten, von Urlaub ganz zu schweigen. Durch dieses Lohndumping maximieren Private ihre Profite – die sozialen Folgekosten trägt die öffentliche Hand und zwar durch aufstockende ALG-Leistungen, später dann durch Grundsicherung im Alter. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen auch deshalb zum Vorreiter im Kampf gegen Niedriglöhne, Tariffucht und Befristungen werden. In den städtischen Betrieben, beispielsweise bei den Reinigungskräften, der Müllabfuhr, bei der Sozialen Arbeit, in den Kitas und in der Pflege müssen Tariflöhne – ohne Wenn und Aber – gezahlt werden.

Wir werden uns weiterhin auf allen Ebenen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 13 Euro einsetzen. Aber die Kommunen müssen als Arbeitgeber*innen mit gutem Beispiel vorangehen: Wo die Kommunen selbst zu Arbeitgeber*innen werden, muss die Bezahlung nach Tarif und eine unbefristete Beschäftigung Pflicht sein. Eine Auslagerung von Aufgaben an private Subunternehmer wird es mit uns nicht geben. Statt Niedriglöhnen in unteren Entgeltgruppen wollen wir 15 Euro Mindestvergütung für kommunale Beschäftigte. Diese Kriterien wollen wir nicht nur bei der Auftragsvergabe ansetzen, sondern auch bei der Gewerbeflächenvergabe. Bei öffentlichen Aufträgen ist darauf zu achten, dass diese ausschließlich an Unternehmen vergeben werden, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, also tariflich bezahlen, betriebliche Mitbestimmung ermöglichen und in ihren Betrieben ausbilden. Auch ökologische Gesichtspunkte sind dabei immer miteinzubeziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass „Gute Arbeit“ zum Leitmotiv kommunaler Wirtschaftspolitik wird. Die Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen auch außerhalb der Metropolregionen ist Grundlage dafür, weitere Abwanderung in die Großstädte zu verhindern. DIE LINKE tritt der Ideologie des Wachstums in den Metropolen entgegen und setzt sich dafür ein, den mittleren und kleineren Städten und Gemeinden eine wirtschaftliche Zukunft jenseits der Pendelarbeit zu ermöglichen.

Wir stehen für regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen eine ökologische und ressourcenschonende Produktion von Gütern vor Ort statt langer Anfahrtswege und Ausbeutung von Mensch und Natur. Deshalb haben die Kommunen bei Beschaffungen vorrangig auf regionale, saisonale und ökologische Erzeugung und Produktion aus Betrieben mit tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu achten. Das europäische bzw. deutsche Vergaberecht, das auch bei kommunalen Auftragsvergaben dazu führen kann, dass ein Auftrag eben nicht an regionale und ökologische Betriebe vergeben wird, gründet sich auf die neoliberale Ideologie der unsichtbaren Hand des Wirtschaftsmarkts, die jedoch durch die Realität widerlegt ist. Darauf sollte auch auf kommunaler Ebene stets hingewiesen werden, besonders wenn sich Mandatsträger*innen über das Vergaberecht beschweren, deren Parteien den wirtschaftlichen Wettbewerb als Glaubenssatz vor sich hertragen.

Zu den Bedingungen „Gute Arbeit“ gehören ebenso sämtliche Arbeitsschutzbestimmungen, z.B. auch die Regelungen der Arbeitszeit und insbesondere der Sonn- und Feiertagsschutz, der sogar grundgesetzlich geregelt ist. Verkaufsoffene Sonntage bedürfen auf kommunaler Ebene einer Genehmigung. DIE LINKE setzt sich zusammen mit den örtlichen Allianzen für den freien Sonntag gegen verkaufsoffene Sonntage ein und gegen jede Aufweichung der Ladenschlussgesetze. Der Druck des Einzelhandels, der reinen Profitinteressen dient, darf den Arbeitnehmer*innenschutz nicht noch wei-

ter zurückdrängen.

Bezahlbare Mieten statt hoher Rendite

In den Ballungszentren explodieren die Mieten, aber auch im Umland und im ländlichen Raum machen steigende Mietkosten den Menschen zu schaffen. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik hat zur Abwanderung gut bezahlter Arbeitsplätze vom Land in die Städte geführt. Eine verfehlte Baupolitik führte zu Bodenspekulation, Luxussanierungen und einer marktorientierten Förderpolitik.

Immer mehr Gewerbegebiete werden und wurden in den großen Städten ausgewiesen, immer mehr Betriebe mit neuen Arbeitsplätzen vor allem in den großen Städten angesiedelt. Der Wohnungsbau wurde und wird vernachlässigt und damit die Mieten in die Höhe getrieben.

Dadurch fallen jährlich mehr öffentlich geförderte Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus als neue dazukommen. Schutzmechanismen für die Mieter*innen wurden zurückgenommen, Mieter*innenrechte verschlechtert, öffentliche Wohnungen im großen Stil verkauft. Mehr denn je sind Wohnungen Spekulationsobjekt. Der Verkauf der 30.000 Wohnungen der GBW in Bayern hat dazu geführt, dass die Mieten dieser Wohnungen, die heute der Dawonia gehören, extrem verteuert wurden. Privatisierte Wohnungsbestände müssen wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden.

Menschen mit geringen und mittleren Einkommen werden aus den Städten getrieben, der Pendlerverkehr nimmt zu. Immer mehr Menschen haben Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Hier ist dringend einen Politikwechsel nötig, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. DIE LINKE fordert daher, dass die Versorgung für alle mit guten und bezahlbaren Wohnungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge gemacht wird. Keine Spekulation mit Wohnraum!

Das wollen wir durch die Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit und durch die Förderung kommunalen Wohneigentums vom Bund erreichen. Eine Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände lehnen wir ab.

Den Verkauf öffentlichen Bodens wollen wir verbieten. Stattdessen wollen wir mehr kommunale Wohnungsgesellschaften, die auch durch das Land gefördert werden und nachhaltig für eine Ausweitung der Wohnungsbestände im öffentlichen Besitz sorgen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen Mieterhöhungen abbremsen, verhindern und sogar Mieten absenken. In Wien beispielsweise sind ca. 25 % der Wohnungen in städtischer Hand, daneben ist die Stadt Wien an vielen Wohnungen beteiligt, sodass 62 % der Wiener*innen städtisch festgelegte, günstige Mieten haben. Non-Profit-Projekte, genossenschaftliche Wohnungsgesellschaften und Mietschaussyndikate wollen wir bevorzugt beteiligen. Außerdem wollen wir große private Immobilienkonzerne enteignen. Die Wohnungen wollen wir unter gesellschaftliche Kontrolle und in öffentliche Hand überführen. Wir wollen uns dafür einsetzen, das Zweckentfremdungsgesetz so zu verändern, dass Kommunen leichter und unbefristet eine Zweckentfremdungssatzung erlassen können. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit Mitteln des zivilen Ungehorsams für eine zweckgemäße Nutzung von Wohnraum einsetzen („Besetzungen“), müssen legalisiert werden. Wir wollen einen bedarfsgerechten Anteil von barrierefreien Wohnungen bei allen Neubauten durchsetzen. Die Wohnungsbaugesellschaften sollen Kontingente von Sozialwohnungen für besondere Wohnformen bereitstellen. Diese werden über die sozialen Träger wie beispielsweise Obdachloseninitiativen und Frauenhäuser weitervermittelt.

Mieter*innen von gefördertem Wohnraum dürfen nirgends in Bayern mehr als 5 Euro pro m² bezahlen müssen. Der Zuschuss des Staats zur tatsächlichen Miete muss die Differenz zur gesetzlichen Miete von gefördertem Mietraum decken. Hierfür müssen sich die Kommunen beim Städte- und Gemeindetag einsetzen.

Die Hochschulstandorte in Bayern müssen sich zusammenschließen und von der bayerischen Staats-

regierung die Förderung von Studierenden-Wohnplätzen einfordern. Das Innenministerium darf keine Förderanträge mehr ablehnen. Dies wird den Mietmarkt in den Städten und Gemeinden spürbar entlasten und das Studieren wesentlich preiswerter machen. Das wiederum fördert die Chancengleichheit beim Studieren.

Das kommunale Wohnraumförderungsprogramm (KomWfP) muss vor Ort angewendet werden. Hierdurch werden Städte und Gemeinden in die Lage versetzt, Sozialwohnungen zu günstigen Zinsen vom Land Bayern selbst zu bauen und die Wohnungen zu halten. Die bisherige Sozialbindung von Sozialwohnungen wollen wir zukünftig ohne zeitliche Beschränkung festsetzen. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (SEM) müssen von Kommunen verstärkt angewendet werden, um die Spekulation mit Bauerwartungsland zu verhindern. Die Vergesellschaftung von Grund und Boden sowie Wohnungsunternehmen und Wohnungseigentümer*innen, die mit Wohnraum spekulieren, horrenden Mietpreiserhöhungen durchsetzen, Wohnraum verwahrlosen lassen oder nicht ausreichend instand setzen, ist gerechtfertigt. Um der stattfindenden Verdrängung finanziell schwächer gestellter Bevölkerungsteile Einhalt zu gebieten, sollen die Kommunen verstärkt zu Instrumenten zum Milieuschutz wie etwa zu sozialen Erhaltungsverordnungen greifen. Wir betrachten Wohnen als Grundrecht und richten unsere Politik nach dieser Überzeugung aus.

Bildungsoffensive für gebührenfreie Kitas und bessere Schulausstattung

Bildung ist ein Menschenrecht und Voraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln und erfolgreich an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse teilhaben können. Doch nach wie vor werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer ökonomischen Verhältnisse massiv benachteiligt. Verschärft wird dies durch einen Mangel an Lehrkräften und Begleiter*innen, vor allem im naturwissenschaftlichen und inklusiven Bereich. Lehrkräfte brauchen sowohl eine Ausbildung, die sie zu ihrer Arbeit qualifiziert als auch ein sicheres Beschäftigungsverhältnis rund ums Jahr. Dadurch kann sowohl flächendeckend ein umfassendes Lehrangebot als auch die gute Ausbildung junger Menschen wieder ermöglicht werden.

Schulbildung gehört in die öffentliche Hand. Sie muss Chancengleichheit gewährleisten, Auslese verhindern und demokratische Gestaltung ermöglichen. Kinderarmut nimmt leider auch in Bayern immer mehr zu. Oft geht damit die Einschränkung von Teilhabemöglichkeiten und Bildungschancen einher. Kein Kind darf zurückgelassen werden! Kinderarmut zu bekämpfen und allen Kindern und Jugendlichen gleiche Lebenschancen zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der auch die Kommune ihren Beitrag leisten muss.

DIE LINKE fordert gebührenfreie Kitas und ein kostenloses, gesundes Schulesen, nach Möglichkeit aus regionalem Anbau für alle. Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung. Für sozial und gesundheitlich benachteiligte Kinder soll Betreuungspersonal eingestellt werden, das ihnen die Teilhabe am Regelunterricht ermöglicht. Die Betreuungskonzepte der Kommunen müssen an die Bedürfnisse der Familien angepasst werden. Dazu braucht es eine Erhöhung des qualifizierten Betreuungspersonals in Kitas und Schulen. Zudem benötigt das Schulwesen in Bayern erhebliche Investition, um jungen Menschen wieder dauerhaft den Unterricht in einem lernfördernden Umfeld zu ermöglichen. Auch Geflüchtete müssen von der ersten Woche an eine Schule oder Kita besuchen können. Kinder mit Behinderung müssen alle Bildungseinrichtungen barrierefrei betreten können. Zudem streiten wir für die in der Landesverfassung verankerte Lernmittel- und Gebührenfreiheit und das kostenlose Schüler*innenticket.

In den Gemeinderäten setzen wir uns für den wohnortnahen Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen mit arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten und einem fachgerechten förder- und sozial-

pädagogischen Begleitsystem mit entsprechender Personalausstattung ein.

Privatschulen stehen in einem krassen Widerspruch zu unserer Forderung nach einer Schule für alle. Kinder und Jugendliche sollen sich an den Schulen frei entwickeln können. Die Vermittlung von Akzeptanz gegenüber Menschen, gleichgültig wie sie sexuell oder geschlechtlich geprägt sind, sowie aller entsprechenden Lebensentwürfe, ist für uns eine wichtige Aufgabe der Schulen. Der staatliche Erziehungsauftrag richtet sich nicht nur auf die Erziehung der Schüler*innen zu selbstverantwortlichen Persönlichkeiten, sondern auch auf die Förderung von sozialer Kompetenz im Umgang mit Andersdenkenden und -fühlenden und auf gelebte Toleranz. Die Schulen sollen allen Formen von Diskriminierung entgegentreten und die gegenseitige Rücksichtnahme fördern. Hygieneprodukte für Frauen und Verhütungsmittel sollen von den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Wir stehen für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung.

Gesundheitsversorgung überall – Pflegenotstand bekämpfen

Die Unterfinanzierung seitens des Freistaats und der Zwang, „marktorientiert“ zu arbeiten, führen zu Privatisierungen und Schließungen von Abteilungen oder ganzen Häusern, besonders im ländlichen Raum.

Mit der LINKEN ist das nicht machbar. Wir streiten flächendeckend für den Erhalt von Krankenhäusern und für eine bessere Finanz- und Personalausstattung. Privatisierungen von Krankenhäusern müssen verhindert bzw. rückgängig gemacht werden. Gleichzeitig wehren wir uns dagegen, dass wichtige Bereiche wie Küche und Reinigung zunehmend an private Service-Gesellschaften ausgelagert werden. Gesundheit ist keine Ware, sondern eine öffentliche Aufgabe.

Wir unterstützen die lokalen gewerkschaftlichen Kämpfe für mehr Personal im Gesundheitswesen und in der Altenpflege. Deswegen hat DIE LINKE das Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“ mitinitiiert. DIE LINKE Bayern wird das Thema Pflegenotstand zu einem Schwerpunktthema ihres Kommunalwahlkampfes machen und an allen Standorten von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen für einen bedarfsgerechten Personalschlüssel eintreten. Wo es möglich ist, wird DIE LINKE Bayern kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide initiieren und unterstützen, mit denen in kommunalen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen feste Personal-Patient*innen-Schlüssel eingeführt werden, die nach dem tatsächlichen Pflegebedarf bestimmt werden.

Der Mangel an Pflegekräften bedeutet nicht nur Überlastung und Stress für die Beschäftigten, sondern auch konkrete Gefahren für Patient*innen. DIE LINKE setzt sich für kommunale Pflegestationen ein, die quartiersbezogen und wohnortnah mobile Pflege für alte und kranke Menschen und Menschen mit Behinderung organisiert und gewährleistet.

Wir wollen für alle Bürger*innen, unabhängig vom Wohnort, medizinische und pflegerische Leistungen sicherstellen, insbesondere wollen wir für eine bedarfsgerechte medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum sorgen. Dazu bedarf es eines Bündels von Maßnahmen. So muss die Anziehungskraft für Landärzte durch gezielte Struktur- und Fördermaßnahmen erhöht werden. Darüber hinaus unterstützen wir integrierte Lösungen, wie die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren, Hebammenstützpunkten und -kooperationen.

Wir setzen uns für den Aufbau von Pflegestationen ein, die quartiersbezogen und wohnortnah mobile Pflege für alte und kranke Menschen und Menschen mit Behinderung organisieren und gewährleisten.

Stigmatisierung von und Repressionen gegen Drogenkonsument*innen beenden

DIE LINKE fordert die Legalisierung von Cannabis und eine kontrollierte staatliche Regulierung von Drogen. Deswegen streben wir auf kommunaler Ebene unter Auflagen wie der Berücksichtigung von Jugend- und Verbraucherschutz Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an. Abhängige Drogenkonsument*innen brauchen Unterstützung statt Strafverfolgung und Ausgrenzung. Deshalb will DIE LINKE Präventionsmaßnahmen, Drogensucht- und Drogenhilfeeinrichtungen, als auch Projekte zur Reintegration in die Gesellschaft stärken und fordert Drogenkonsumräume in allen Städten Bayerns, in welchen ärztliche Aufsicht und saubere Injektionsutensilien gewährleistet werden.

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt, in Bayern 27 % weniger im Schnitt. Insbesondere alleinerziehende Frauen arbeiten oft im Niedriglohnbereich, rund die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet. Im Alter droht dann Altersarmut. In kommunalen Gremien und Vorständen sind Frauen unterrepräsentiert.

Das ist für uns nicht hinnehmbar! DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung der Frau ein. Haus- und Fürsorgearbeiten leisten Frauen im Schnitt doppelt so viel wie Männer. Diese deutliche Mehrbelastung wollen wir aufbrechen. Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen wollen wir kommunalisieren, das heißt zum Beispiel die Einführung von flächendeckenden kostenlosen Kitas mit flexiblen Betreuungszeiten.

Politische Ämter und Mandate sollen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden, das gilt insbesondere für die obersten Verwaltungsebenen. Kommunale Stellenausschreibungen sollen geschlechtsneutral stattfinden. In allen Kommunen müssen Frauenbeauftragte installiert werden, die mit den notwendigen finanziellen Ressourcen ausgestattet sind. Insbesondere in den Gebieten auf dem Land muss diese Struktur weiter ausgebaut und gezielte Frauenförderung betrieben werden.

Es wird höchste Zeit, dass die Frauenhäuser endlich angemessen finanziert werden. Es darf nicht sein, dass Frauen in Not wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlender Plätze abgewiesen werden.

Da für DIE LINKE die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen selbstverständlich ist, sind Kürzungen von Subventionen bei Beratungsstellen wie z.B. Pro Familia mit uns nicht zu machen. Für ALG II-Bezieherinnen sollten die Kommunen Verhütungsmittel zusätzlich zum Regelsatz finanzieren, damit jedes geborene Kind ein Wunschkind wird. Sollte eine Frau eine Schwangerschaft abbrechen wollen, ist ihr auf Wunsch von Seiten der Gesundheitsämter Information und Unterstützung zu gewähren.

Für Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen lassen müssen oder wollen, besteht in Bayern eine dramatische Unterversorgung. Aus Anbiederung an frauenfeindliche Ideologien haben zahlreiche Kommunen ihren Kliniken die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen untersagt. Dies hat dazu geführt, dass es in Bayern zahlreiche Regionen gibt, in denen es keine Ärzt*innen gibt, die Abbrüche vornehmen oder Frauen dazu weite Strecken zurücklegen müssen. DIE LINKE setzt sich in den Kommunen und Gemeinden für einen einfachen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und eine wohnortnahe Versorgung von Frauen ein.

Jugend heißt Zukunft

Kommunen müssen auch attraktiv für junge Menschen sein bzw. werden. Dazu gehört neben einer breiten Vielfalt an Angeboten von Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen auch die Teilhabe an der Entwicklung der Kommune.

Denn auch Kinder und Jugendliche haben Wünsche und Ideen, wie die Zukunft aussehen soll. Gerade die Klimaproteste und Schulstreiks der „Fridays for Future“-Bewegung beweisen, dass sich junge

Menschen einbringen und ihre Zukunft selbst gestalten wollen. DIE LINKE möchte politisches Engagement bei Kindern und Jugendlichen fördern und begrüßt deshalb die politische Selbstorganisation junger Menschen ausdrücklich.

Kinder und Jugendliche sind in den Kreisen und Kommunen an allen sie betreffenden Entscheidungen miteinzubeziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche bereits ab 16 Jahren wählen dürfen und wollen bessere Angebote schaffen, mit denen Jugendliche ihr Recht auf politische und kulturelle Selbstbestimmung wahrnehmen können. Dies kann zum Beispiel durch die Einrichtung eines Jugendparlaments, regelmäßige Beteiligungsangebote oder einen Jugendfonds, durch den junge Menschen ihre eigenen Projektideen verwirklichen können, passieren.

Jugendparlamente sollten grundsätzlich mit einem eigenen Budget ausgestattet sein, das im Kommunalhaushalt eingeplant ist und über das das Jugendparlament selbstständig entscheiden kann. Das Motto jeder Kommune sollte lauten: „Kinder an die Macht!“

Wir wollen, dass perspektivisch jede Kommune selbstverwaltete Jugendtreffs ermöglicht und mit Jugendsozialarbeiter*innen begleitet. Die Selbstorganisation und das Erfahren von Verantwortung und Teilhabe sollen dabei an erster Stelle stehen. Alle Kommunen müssen Jugendbeauftragte benennen, die als zentrale Ansprechpersonen die Jugendarbeit vor Ort koordinieren und zusammenführen. Auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mobilität. Als ersten Schritt hin zu einem fahrscheinlosen Nahverkehr für alle fordern wir kostenlose Tickets für Schüler*innen, Studierende sowie Auszubildende für den öffentlichen Nahverkehr.

Es bedarf einer stärkeren Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen und kostenlosen Eintritt in Kultureinrichtungen wie Museen und Theater für Kinder und Jugendliche. Auch Musik- und Sportangebote müssen für diese offen und erschwinglich sein.

Kultur und Teilhabe für alle Menschen in Stadt und Land

Kultur eröffnet neue Räume im Denken und Handeln und wirft immer wieder die Frage auf: Wie wollen wir zusammenleben? Wir treten für die Förderung des kulturellen Lebens in allen Milieus und Regionen ein, in den Städten genauso wie in ländlichen Räumen, bei Hochkultur wie freier Szene, als Basis für die Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft. Kultur gilt als weicher Standortfaktor und ist wesentlich für eine hohe Lebensqualität. Daher muss in jeder Kommune für ein breites Kulturangebot gesorgt werden. Das muss nicht immer das große Opernhaus sein, aber die kommunale Unterstützung des Laienspieltheaters oder des kleinen Tanzclubs, den junge Menschen aufgebaut haben, gehört auf jeden Fall dazu. Unmengen an Dorfzentren verfallen. Das Leben stirbt aus. Theater, Ausstellungen, Kunst- und Kulturprojekte wirken revitalisierend und sind unabdingbar, um Ortschaften, die einstmals lebenswert waren, wieder mit ebendiesem Leben zu füllen. Wir bekennen uns klar zur Freiheit der Kunst und wirken allen Versuchen entgegen, diese zu beschneiden. Dabei sind kommunale Kulturträger als auch freie Gruppen und nicht kommerzielle Angebote gleichwertig zu sehen. Wir wollen soziokulturelle Zentren ausbauen, bürokratische Hürden abbauen und insbesondere alternative Kultureinrichtungen, Jugendkultur sowie Projekte in ländlichen Regionen finanziell besser unterstützen.

Künstler*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen den Zugang zu öffentlichen Räumen für Kulturinitiativen verbessern und auch kleinen Gruppen und Bands eine Chance geben. Wir setzen uns für Ausstellungshonorare, günstige Arbeitsräume und mehr Freiräume für Kunst- und Kulturschaffende ein. Am kulturellen Angebot müssen alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, die Angebote müssen barrierefrei sein und allen Bürger*innen offenstehen. Die Möglichkeit der Teilhabe für alle zu schaffen, das ist Aufgabe der Kommune.

Wir fordern, dass zusätzliche Wände von öffentlichen Gebäuden oder eigens dafür errichtete Wände in den Kommunen für Graffiti freigegeben werden.

Wir wollen die geltenden Sperrzeiten in den Kommunen abschaffen. Die Entzerrung von Heimgehzeiten Feiernder ist auch im Interesse der Anwohner*innen, da der Lärmpegel auf den Straßen sinkt.

Für seniorengerechte und barrierefreie Kommunen

Wir wollen auch im Alter und auch mit Beeinträchtigungen gut in unseren Kommunen leben können. Kommunen sollten Bürger*innen beratend und unterstützend zur Seite stehen, wenn es darum geht, Barrieren abzubauen. Menschen sollen möglichst lange selbstbestimmt und dabei möglichst selbstständig in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Alle Menschen fühlen sich in ihrem Wohnumfeld in der Stadt oder auf dem Land dann wohl, wenn sie dort viele Angebote vorfinden, die ihren individuellen Bedürfnissen entsprechen. Insbesondere Mehrgenerationenhäuser als wichtigen Ort des Austausches und der gegenseitigen Hilfe wollen wir ausbauen und fördern.

Infrastruktur zur Grundversorgung muss wohnortnah und bestenfalls fußläufig erreichbar sein. Wo dies nicht (mehr) gelingt, ist eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr unerlässlich. Gerade in ländlichen Gebieten müssen innovative Konzepte wie Dorfläden und mobile Supermärkte getestet werden, um auch dort die Deckung des täglichen Bedarfs weiterhin zu ermöglichen.

Es braucht in allen Kommunen Senior*innenvertretungen, die sich für ihre Interessen einzusetzen. Sie haben zur Aufgabe, sich um die Bedürfnisse älterer Menschen zu kümmern, Ideen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse zu entwickeln, als Ansprechpartner*innen für Senior*innen zur Verfügung zu stehen und ihre Wünsche an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu vermitteln.

Wir wollen verstärkt Freizeitangebote für Senior*innen schaffen. Kommunen sollen Sportangebote für ältere Menschen ebenso wie kulturelle Angebote entsprechend fördern, sodass diese auch für Menschen mit geringer Rente zugänglich sind.

Inklusion

Wichtig ist für uns, dass sich Menschen mit Beeinträchtigung immer als Teil unserer Gesellschaft verstehen. Aus diesem Grund ist und bleibt Inklusion eine Querschnittsaufgabe. Die Konvention der Vereinten Nationen für die Rechte der Menschen mit Behinderungen stellt der Gesellschaft die Aufgabe, in allen Lebensbereichen Barrieren, die Menschen an voller gesellschaftlicher Teilhabe hindern, zu erkennen und zu beseitigen.

Wir wollen den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, die uneingeschränkte Zugänglichkeit zu öffentlichen Gebäuden, aber auch eine Barrierefreiheit des öffentlichen Internet-Auftritts. Wir wollen den gleichen Zugang zu Arbeit und Ausbildung und wird wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Es geht um das Menschenrecht auf Inklusion, um eine Einbeziehung aller Menschen in ein gemeinsames gesellschaftliches Leben.

Reichtum umverteilen – für lebenswerte Kommunen

Ob Schulen und Kitas, sozialer Wohnungsbau, Integration, Bus und Bahn oder Digitalisierung – überall fehlt angeblich das Geld. Der Investitionsstau in Bayern geht in die Milliarden. Dieser ist im Wesentlichen dem Fetisch der „schwarzen Null“ im Landes- und Bundeshaushalt geschuldet. Zudem werden Landkreise und Kommunen von der Landesregierung unter Druck gesetzt, Krankenhäuser zu schließen und öffentliche Betriebe zu privatisieren.

Kommunen sollen selbst über ihre Finanzen entscheiden können. Dies ist vielen aber gar nicht mehr möglich, weil die Finanzierung sowie die Gesetze von Bund und Land sie in zu starre Korsetts zwän-

gen. Hier muss endlich eine Kehrtwende hin zu mehr Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in finanziellen Fragen stattfinden.

Kommunen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihre Infrastruktur selbst erhalten und weiterentwickeln können.

Geld genug wäre aber da. Als LINKE fordern wir deswegen eine gerechte Steuerpolitik, die auch hohe Einkommen und Millionenerb*innen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Dafür brauchen wir eine Millionärssteuer auf Bundesebene, die direkt den Länder- und Kommunalhaushalten zu Gute kommt. Unterbietungswettbewerbe bei der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir diese durch eine Gemeindefinanzierungssteuer ersetzen, die als originäre Kommunalsteuer das finanzielle Fundament der Kommunen verstetigt und verbreitert.

Stadtentwicklung – sozial und nachhaltig

Wie sehen die Städte der Zukunft aus, wie wollen wir leben und arbeiten? Dies sind die zentralen Fragen der Stadtentwicklung. Stadtpolitik muss die bereits erfolgten Klimaänderungen berücksichtigen und dazu beitragen, den Klimawandel zu begrenzen. Die Temperaturzunahmen erfordern eine bessere Durchlüftung der Städte. Fassaden- und Dachbegrünungen, aber auch innerörtliche Grünflächen und Naherholungsgebiete sind notwendig. Schottergärten und steriles Grün ohne bienenfreundliche Blühpflanzen wollen wir nicht.

Als LINKE setzen wir uns für das ökologisch-nachhaltige Ideal der „kurzen Wege“ ein. Das bedeutet kurze Wege von der Wohnung zur Arbeit, zum Einkaufen und zu Kultur und Freizeit. So schaffen wir die Verkehrswende – hin zu einer neuen, nachhaltigen Mobilität.

Der Flächenverbrauch, also die weitere Versiegelung von Flächen, muss künftig auf ein Minimum reduziert werden. Dazu müssen künftig Entsiegelung und Renaturierung von Flächen bei jedem neuen Bauvorhaben zur Auflage gemacht werden. Zudem werden wir uns für innerörtliche Parks, Grünflächen, zugängliche Bach- und Flussufer, Ruhe- und Erholungsräume einsetzen.

Die Ortsentwicklung muss sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Wir wollen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume zurückdrängen. Dazu müssen die Kommunen wieder mehr Grundstücke in kommunales Eigentum zurückholen. Für den Zugriff auf die Grundstücke sind entsprechende Vorkaufsrechte in den kommunalen Satzungen zu verankern und Entwicklungssatzungen zu erlassen. Stadtentwicklung darf nicht privaten Investor*innen überlassen werden, sondern muss demokratisch mit und für die Bewohner*innen gestaltet werden.

Wir widersprechen der Verdrängung von Gruppierungen und Verhaltensweisen aus zentralen Innenstadtbereichen aus Gründen der „sozialen Ästhetik“. Öffentlicher Raum ist für uns alle da und darf unserer Meinung nach auch frei genutzt werden, solange man nicht sich selbst oder andere gefährdet. Ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen lehnen wir als unverhältnismäßigen Eingriff in die Freiheit ab.

Immer noch müssen sich viele Menschen in Bayern aufgrund von Armut mit dem Sammeln von Pfandflaschen etwas dazuverdienen. Wir fordern die Ausstattung aller großen Müllbehälter in den Kommunen mit Pfandringen. Viele Müllbehälter sind so gebaut, dass sie Flaschensammler*innen effektiv daran hindern, darin nach Pfandgut zu suchen. Ein Pfandring, der um die Müllbehälter geschraubt wird und in den man Pfandflaschen hineinstellen kann, kann dabei Abhilfe schaffen.

Leben im ländlichen Raum fördern

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land herzustellen, braucht es eine regionale Strukturpolitik. Wir wollen, dass die Menschen überall Arbeit und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen

und kulturellen Angeboten haben, egal wo sie leben.

Dafür sind mehr Angebote in den ländlichen Gemeinden und eine bessere Anbindung insbesondere über einen ausgebauten und kostengünstigen ÖPNV nötig. Wenn der Bus nur sporadisch und nach 20 Uhr womöglich gar nicht mehr fährt, dann ist eine kulturelle Teilhabe schwierig. Darunter leiden auch gerade junge Menschen. Gleichzeitig werden Krankenhäuser und andere Formen der Versorgungsleistungen immer stärker auf die Städte konzentriert, das betrifft unter anderem den Einzelhandel und schnelles Internet. Wir setzen uns in den Gemeinden für eine dezentrale Versorgung ein, insbesondere Dorfläden können in kleinen Orten eine Grundversorgung gewährleisten und als wichtiger sozialer und kultureller Anlaufpunkt dienen. Mit zeitweise besetzten Arztpraxen sowie mobilen oder fahrenden Ärzt*innen und Büchereien wollen wir zudem sicherstellen, dass grundsätzliche Bedürfnisse erfüllt werden. DIE LINKE steht für eine Strukturpolitik, die die Lebensverhältnisse der Menschen gleichberechtigt aufwertet – in Stadt und Land.

Wir wollen, dass Dorf- und Stadtzentren auch wieder zu Zentren des sozialen Lebens in Kommunen werden. Leerstand sowie Verfall müssen bekämpft und ein attraktiver öffentlicher Raum für alle Bürger*innen geschaffen werden. Dabei darf es nicht um Prestigeprojekte gehen, sondern die Frage von Räumen des Miteinanders muss im Mittelpunkt der Ortsplanung stehen. Anstatt immer neue Gewerbegebiete in den Peripherien auszuschreiben, die einzig zu Flächenfraß, zu einer Zerfaserung von Landschaften und zu einer Verdrängung des Einzelhandels aus Zentren führen, sollen die Kommunen sich um die Aufwertung ihrer Kerne bemühen. Gerade für mobilitätseingeschränkte Menschen ist ein lebendiges Zentrum mit Einkaufsmöglichkeiten sowie Aufenthaltsplätzen wichtig und muss vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wieder stärker in den Fokus rücken. Die Stärkung des Einzelhandels durch die Kommunen sowie die Vernetzung von Einzelhandelsgeschäften etwa über gemeinsame Onlineportale sind in Anbetracht der zunehmenden Konkurrenz durch Onlinehändler eine wichtige Aufgabe. Die enge Zusammenarbeit zwischen Einzelhandel und Kommunen ist dabei essenziell. Die Kommunen sollen Leerstände in den Kernen sukzessive ankaufen und sanieren, um attraktive und bezahlbare Wohn- und Geschäftsräume schaffen zu können. Zentral für lebendige Städte und Dörfer sind Gemeinschaftsräume, die allen Bürger*innen offenstehen. Diese Gemeinschaftsräume sind ebenso wie selbstverwaltete Freiräume für Jugendliche von den Kommunen bereitzustellen und attraktiv zu erhalten.

Landwirtschaft – regional und ökologisch

Die Landwirtschaft ist in Bayern im ländlichen Raum eine der tragenden Säulen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Die landwirtschaftliche Erzeugung wird immer stärker liberalisiert und den globalen Agrarmärkten ausgeliefert. Industrielle Formen der Agrarerzeugung nehmen zu und verursachen enormen Druck auf die herkömmlichen Strukturen der Landwirtschaft. Der Strukturwandel führt zum „Höfe-Sterben“, ihre Flächen werden von anderen Betrieben und immer öfter direkt oder indirekt von nicht-landwirtschaftlichen Akteuren übernommen. Verloren gehen insbesondere der Erhalt der biologischen Vielfalt, eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Beitrag der Landwirtschaft zum Erhalt der Lebensfähigkeit ländlich geprägter Regionen. Die moderne Agrarproduktion ist oftmals mit einer Intensivierung der Produktionsverfahren verbunden, die eine ganze Reihe ökologischer Folgeprobleme nach sich ziehen. Die Verschmutzung unserer Gewässer, das Artensterben und die Freisetzung von Treibhausgasen sind einige der verheerenden Auswirkungen.

Die agrarpolitische Strategie der Weltmarktorientierung muss zugunsten einer regional orientierten Landwirtschaft geändert werden. Regionale Erzeugung und Vermarktung schaffen eine regionale

Wertschöpfung und sichern damit Arbeit und Einkommen.

DIE LINKE fordert den Ausbau und die Förderung des Ökolandbaus und die Orientierung der konventionellen Landwirtschaft an umweltfreundlichere Produktionsformen. Kleinbäuerliche Strukturen mit regionaler Vermarktung müssen unterstützt werden.

Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn

DIE LINKE steht für eine ökologisch nachhaltige Verkehrswende, die den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) und nachhaltige Mobilitätsangebote in den Fokus nimmt. Deswegen setzen wir ein ÖPNV-konzentriertes Verkehrskonzept vor den Individualverkehr. Wir wollen Städte und Siedlungsstrukturen so entwickeln, dass Menschen nicht länger auf einen Pkw angewiesen sind. Verkehrsbedingte Klima-, Lärmemissionen und Luftschadstoffe müssen deutlich reduziert werden.

Mobilität ist ein Grundrecht und muss deswegen in öffentlicher Hand bleiben. Privatisierungen sowie Auftragsvergaben an Betreiber, die zu Qualitätsminderungen für das Personal führen, lehnen wir strikt ab. Neben einem Ausbau von Fahrrad- und Fußwegen wollen wir perspektivisch einen kostenlosen, ticketlosen öffentlichen Nahverkehr, den wir durch eine schrittweise Ausweitung von berechtigten Personenkreisen realisieren möchten. Der barrierefreie Aus- und Umbau als Möglichkeit der Teilhabe aller Menschen ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunen, die mit größeren Anstrengungen vorangetrieben werden muss. Das schließt Fahrstühle sowie barrierefreie Zugangsmöglichkeiten wie Rampen an allen Bahnhöfen sowie die Entwicklung barrierefreier Konzepte als zwingende Bedingung bei allen Neubauten mit ein, zusätzlich zu Begleiter*innen in allen Bussen und Bahnen, um allen Menschen den Zugang zum öffentlichen Nah- und Fernverkehr zu garantieren.

Lokale Initiativen für den Schutz von Klima, Tieren und Umwelt

Kommunale Energiepolitik ist immer auch Klimapolitik. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach Ausrufung des Klimanotstands in den Kommunen, welcher beinhalten muss, dass bei jeder Maßnahme der öffentlichen Hand die Auswirkungen auf das Klima untersucht und entsprechend berücksichtigt werden müssen. Wir wollen deswegen die Investitionen in erneuerbare Energie erhöhen und dezentrale Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen in den Kommunen fördern. Unser Ziel ist eine 100-prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien. Wir wollen mittels einer kommunalen Energieleitplanung systematisch Potenziale für die regenerativen Energie- und Wärmeversorgung heben. Energieversorgungsnetze gehören in die Hand der Kommunen und nicht in die Hände von Konzernen. Die Energiewirtschaft wollen wir demokratisieren und unterstützen deshalb insbesondere genossenschaftlich organisierte, lokale Energieversorger.

Die Energieversorgung hat neben den ökologischen Aspekten aber auch eine soziale Komponente. Als LINKE setzen wir uns für eine Sozialstaffelung der Energiekosten ein und lehnen Stromsperrungen für zahlungsunfähige Haushalte ab. Strom muss bezahlbar bleiben! Der Anspruch eines jeden Menschen auf eine warme Wohnung und Stromversorgung muss verwirklicht werden.

Waldbestände in kommunaler Hand betrachten wir auch als Kohlenstoffspeicher und fordern eine pflegerische Bewirtschaftung. Ebenso sollen auf kommunalen Pachtäckern ökologische Formen der Bodenbewirtschaftung festgeschrieben werden. In diesem Sinne müssen Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen und auf den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und anderen chemischen Keulen in Garten, Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen verzichten.

Kommunen müssen jeden Ansatz ressourcenschonenden Verhaltens, Energiesparen und Abfallvermeidung, z. B. durch kommunale Programme für klimafreundliche Elektrogeräte für mittellose Haushalte oder Repair-Cafés unterstützen.

Über 60 % der Ausgaben für öffentliche Beschaffung fallen auf die Kommunen. DIE LINKE setzt sich daher für ein nachhaltiges kommunales Vergabe- und Beschaffungswesen unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien ein. Bei der Lebensmittelversorgung in kommunalen Einrichtungen sind auch Tierschutzkriterien zu berücksichtigen.

Auf kommunaler Ebene setzen wir uns für eine kostendeckende Finanzierung von Tierheimen ein. Der Freistaat soll die Kommunen dabei durch die Übernahme von Investitionskosten unterstützen.

Wildtiere können auch bei gutem Willen in Zirkussen nicht artgerecht gehalten werden. Der Zirkus als kulturelle Institution ist nicht auf Tierleid angewiesen. Bis zu einer Regelung auf Bundesebene spricht sich DIE LINKE für ein Wildtierverschmor in Zirkussen auf kommunalen Flächen aus.

Digitalisierung

Die Digitalisierung bayerischer Kommunen befindet sich im hinteren Mittelfeld der EU-Mitgliedstaaten. Um den Herausforderungen der kommenden Jahre zu begegnen, müssen wir mehr in intelligente Verkehrsleitsysteme, digitale, barrierefreie Bürger*innendienste und nachhaltige Energiesysteme investieren. Hierfür ist eine kommunale Digitalisierungsstrategie dringend geboten! Verantwortliche, wie z. B. Digitalisierungsbeauftragte sollen ernannt und mit deren Umsetzung betraut werden – beginnend beim Ausbau der technischen Infrastruktur. Dabei soll der Breitbandausbau nicht ausschließlich nach Wirtschaftlichkeit, sondern vor allem nach Bedarf von den Kommunen selbst geplant und organisiert werden. An öffentlichen Plätzen soll offenes, regionales WLAN eingerichtet werden. Wir fordern eine grundsätzliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen: Netze in Nutzerhand!

Wir wollen eGovernance weiter ausbauen und setzen hier auf Lösungen der OpenSource Gemeinde. Ziel ist es, den Bürger*innen die Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern, indem Behördengänge z. B. mit elektronischen Angeboten ersetzt bzw. vereinfacht werden. Dies fördert die Inklusion und wirkt den kurzen Öffnungszeiten sowie langen Wegen im ländlichen Raum entgegen. Verwaltungsabläufe sollen damit harmonisiert werden, um schlussendlich Ressourcen zu sparen.

Die Grundsätze des Datenschutzes und die Wahrnehmung von Persönlichkeitsrechten sind hierbei unbedingt aufrechtzuerhalten. Das heißt auch, dass wir einen weiteren Ausbau von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen entschieden ablehnen. Das Prinzip einer datengesteuerten Stadt, die immer weiß, wo sich die Bürger*innen aufhalten und was sie tun, lehnen wir ab.

Die Kommunen sollen Pilotprojekte zur aktiven, digitalen Bürger*innenbeteiligung starten und auswerten. Digitalisierung braucht Demokratisierung!

Bürgerbeteiligung

Die Bürger*innen einer Kommune wollen nicht nur alle sechs Jahre ein Kreuz bei der Wahl machen, sondern auch grundsätzlich mitbestimmen, wie sich ihre Kommune entwickelt. Und das sollten sie auch. Nur durch Transparenz und Teilhabe schafft man es, die Bevölkerung in allen Belangen mitzunehmen. Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte, Fragestunden, Einwohnerversammlungen – es gibt genügend Werkzeuge für mehr Bürger*innenbeteiligung, die auch von Anfang an genutzt werden sollten. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Verwaltungsinformationen und -vorgänge sollten im Normalfall öffentlich und digital zugänglich archiviert werden. Verträge mit der öffentlichen Hand müssen offengelegt werden. Um echte Transparenz und einen sinnvollen Informationsfluss zu gewährleisten, sind weitreichende Änderungen in der Informationsfreiheitsgesetz erforderlich. Insbesondere in den Kommunen sollten Menschen schon ab 16 Jahren das aktive Wahlrecht ausüben können, unabhängig von ihrer Staatsbürger-

schaft wählen und sich selbst zur Wahl stellen dürfen. Politische Ämter und Mandate sowie die obersten Verwaltungsebenen sollten mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Das Sammeln von Unterstützungsunterschriften in großer Zahl für Wahlantritte ist eine unnötige Demokratiebremse und sollte abgeschafft werden.

Wir wollen, dass Sitzungen von Kommunal- und Kreisparlamenten nicht nur online live übertragen werden, sondern auch öffentlich digital archiviert werden, sodass sich Bürger*innen barrierefrei über Vorgänge informieren können: wir stehen für den transparenten Staat und mehr Teilhabe an demokratischen Prozessen.

DIE LINKE fordert die flächendeckende Einführung von Gleichstellungsbeauftragten, die Mitsprache- und Vetorechte besitzen. Des Weiteren steht DIE LINKE für Inklusionsbeauftragte, die eine barrierefreie Beteiligung aller Menschen am öffentlichen und sozialen Leben gewährleisten. Die Inklusionsbeauftragten wollen wir in den Kommunalparlamenten hauptamtlich wählen lassen und mit eigenem Budget versehen. In kleineren Gemeinden wollen wir zumindest ehrenamtliche Inklusionsbeauftragte. In kommunalen Wohnungsgesellschaften müssen verbindliche Mieter*innenbeiräte eingeführt werden.

Zur Transparenz der Sitzungen in Kommunalparlamenten fordert DIE LINKE die weitgehende Abschaffung nicht-öffentlicher Sitzungen. Immer mehr Tagesordnungspunkte werden mit Hinweis auf Datenschutz und Geheimhaltung nicht-öffentlich abgehandelt. Durch die Behandlung in nicht-öffentlichen Sitzungen werden zudem Mandatsträger*innen auf Geheimhaltung verpflichtet, so dass die Meinungs- und Beschlusskartelle der herrschenden Parteien die Kontrolle behalten können. DIE LINKE fordert die Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen und Beschlussprotokolle in den Ratsinformationssystemen sowie aller sonstigen mit öffentlichen Mitteln erhobener nicht personenbezogener Daten unter einer freien Lizenz.

Solidarität statt Hass – Geflüchtete und Migrant*innen integrieren, Rassismus bekämpfen

DIE LINKE tritt für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Es ist selbstverständlich, dass alle Menschen eine Bleibe brauchen, egal wie und wo sie ihr Zuhause verloren haben. Wollen sich Menschen in einer Stadt oder Gemeinde niederlassen oder brauchen sie eine Unterbringung, muss die Kommune alles dafür tun, ein entsprechendes Obdach zur Verfügung zu stellen und die Neubürger*innen entsprechend in die Gemeinde zu integrieren. Wir wollen, dass Geflüchtete und ihre Familien grundsätzlich rasch in Wohnungen untergebracht werden. Sammelunterkünfte lehnen wir ab. Die Kosten für Unterbringung und Integration dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Kommunale Einrichtungen, vom Jobcenter bis zu den Schwimmbädern, dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer Religion oder Herkunft benachteiligen – auch nicht als Beschäftigte. Wir setzen uns deswegen für anonymisierte Bewerbungsverfahren ein.

DIE LINKE steht für ein kommunales Wahlrecht für alle Bewohner*innen der Gemeinden und Städte in Bayern, unabhängig von ihrer Herkunft und von ihrem Pass. Dazu ist ein zweijähriger Aufenthalt in Deutschland bei Menschen, die nicht aus der EU kommen, notwendig.

Wir treten jedem Versuch entgegen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander auszuspielen. Stattdessen unterstützen wir Initiativen für die Wiederherstellung eines humanen Asylrechts und antifaschistische Aktivitäten, wie beispielsweise der Bewegung „Seebrücke“, die Kommunen auffordert, aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen jede Mitwirkung an Abschiebungen verweigern.

Wir begrüßen das Engagement aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten aus-

drücklich. Dieses muss weiter gefördert und unterstützt werden.

Wir beteiligen uns vor Ort an Bündnissen gegen Rechts. Eine Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppierungen, die eine rassistische und nationalistische Politik betreiben, kommt für uns nicht in Frage.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen alle Kundgebungen und Demonstrationen über ein auf Kreisebene eingerichtetes Onlineportal sofort nach Anmeldung öffentlich machen. Das soll es der Zivilgesellschaft ermöglichen, bei Naziaufmärschen aktiv zu werden und Gegenkundgebungen zu organisieren. Die Kommunen sollen sich selbst als Orte der Toleranz verstehen und rechtsextremen und faschistischen Organisationen Veranstaltungen in ihren kommunalen Räumlichkeiten verwehren. Aufklärungs- und Begegnungsprojekte wie etwa Zeitzeug*innengespräche sowie interkulturelle Veranstaltungen sind von den Kommunen zu unterstützen und zu fördern. Wir versuchen in Kooperation mit anderen Parteien und Gruppierungen Rechten keine Plattform im öffentlichen Raum zu überlassen. DIE LINKE unterstützt und beteiligt sich an Aktionen zivilen Ungehorsams wie z. B. Blockaden von Naziaufmärschen.

Kommunale Initiativen für Frieden und Konversion

Kriege und unfairer Handel sind der Hauptgrund für Hunger in der Welt, Flucht und Vertreibung.

Rüstungsexporte, Aufrüstung und internationale Kriegseinsätze verursachen nicht nur hohe Kosten, sondern schaffen vor allem auch unermessliches menschliches Leid. Dafür wollen wir keine Propaganda – „Bundeswehr raus aus den Schulen!“ ist unser Motto. Deshalb setzt sich DIE LINKE für die Konversion der bayerischen Rüstungsbetriebe in zivile Produktion ein. Wir treten dafür ein, Gemeinden mit militärischen Standorten, wie in Grafenwöhr oder Katterbach bei Ansbach, eine Zukunft ohne diesen örtlich oft überschätzten „Wirtschaftsmotor“ zu geben. Und wir streiten für kommunale Zivilklauseln bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten. Wir tragen die Forderung der Friedensbewegung in alle Städte und Gemeinden: Rüstungsproduktion schließen, Rüstungsexporte verbieten!

Ehrenamt stärken

Das Ehrenamt ist gelebte Solidarität und damit wichtiger Bestandteil für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie unser Gemeinwesen. Zahlreiche und aktive Vereine sowie ehrenamtliches Engagement bereichern das Leben in der Kommune. Im Ehrenamt wird beachtliches geleistet, aber nicht immer gibt es die entsprechende Wertschätzung. Wir wollen Vereine stärken und das Ehrenamt besser unterstützen. Die Zivilgesellschaft braucht hierbei vor allem kostengünstige oder kostenfreie offene Räume für ihre Arbeit, die von den Kommunen zur Verfügung zu stellen sind.

Wir setzen uns für den Ausbau von Anlaufstellen zur Koordination und Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements ein. Jede Kommune soll ihre Informationsportale zur Selbstdarstellung der Vereine öffnen und die Vereine bei der Gewinnung von Kooperationspartnern aktiv unterstützen.

Das Ehrenamt muss von den Kommunen stärker in Beteiligungsprozesse eingebunden werden. Gleichzeitig darf aber keine Abwälzung staatlicher Aufgaben auf Ehrenamtliche stattfinden. Denn vielerorts führt der Fokus auf das freiwillige Engagement dazu, dass sich der Staat aus bestimmten Aufgabenbereichen zurückzieht. Die Folge ist eine zunehmende Belastung für die Ehrenamtlichen. Eine funktionierende Gesellschaft braucht das Ehrenamt. Sie muss aber auch gewährleisten, dass durch angemessene Ausfinanzierung und öffentliche Betreuung ein Klima gewährleistet ist, in dem das Engagement Freude macht und nicht zur unbezahlten Ausbeutung verkommt.